

Der Reidemeister

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land

Herausgegeben vom Lüdenscheider Geschichtsverein e. V.

Nr. 1

August 1956

Zum Geleit!

Reichlich ein halbes Jahrtausend hat der Stand der „Reidemeister“, jener Handwerker-Händler, die die Eisenprodukte des märkischen Sauerlandes in Ose-mund und Draht bis weit ins Ausland brachten und dort umsetzten, unserer Landschaft entscheidend Gesicht und Gepräge gegeben. Er hat es verstanden, den Wohlstand schon früh ins karge Land der Berge zu bringen, und hat immer neue Wege gesucht, den Absatz der begehrten Ware zu halten oder ihn zu steigern.

Es war ein Stand willensstarker, tatkräftiger Menschen, aufgeschlossen in erster Linie für alles Praktische und Wirtschaftliche; daneben aber, vermöge eines durch Handelsbeziehungen und -fahrten geweiteten Blicks, offen für die Dinge des Geistes und der Kultur. „Sie waren Unternehmer, nicht nur im kapitalistischen Sinne, sondern in Lebensart, Lebensführung und Bildung, Träger höherer Sitten, wie das die äußere und innere Ausstattung der alten Reidemeisterhöfe beweist, die, Edelhöfen gleich, teilweise heute noch an Lenne, Volme und Verse von ihrer Kultur sprechen.“ — So bezeugt es uns der alte Landrat Thomée, der Nestor aller Heimatgeschichte und ihrer Pflege in unserm Kreis. Bürgermeister und Richter, Adlige und Bauern, Handwerker und Kaufleute suchten den Stand und begehrten Aufnahme. In Kirche und Schule, in Wirtschaft und Politik, überall sind sie seit der Reformation bis weit ins 19. Jahrhundert hinein die führenden Männer des Landes. Über ihren Stand selber hat Fritz Müller (Iserlohn) das Wichtigste in einer Dissertation zusammengetragen. Für unsern heimatlichen Raum liegen neuere Forschungen vor, die vor allem ihre Bindungen an das Zunftwesen beleuchten. Das bekannte Spottwort: Een Reimester singet in der Kärke nit selbes, hei hiüt dort sine Lue tou“, übertreibt in volkstümlich witziger Art nur einen nicht wesentlichen Teil ihrer Lebensart, der zweifellos schon durch den von ihnen heraufgeführten Frühkapitalismus bedingt war.

Ihnen zu Ehren und uns zur Nacheiferung haben wir ihren Namen als ein Symbol heimatlichen Menschentums gewählt, um unter ihm unsere Forschungsarbeit zu treiben und ihre Ergebnisse zu veröffentlichen.

Oskar Eduard Hueck - Wilhelm Sauerländer

Lüdenscheid, im August 1956.

Entwicklung und Eigenart des Wirtschafts- und Kulturraumes von Lüdenscheid

Von Peter Schöller

I.

Das Raumgefüge des zentralen Ortes Lüdenscheid

Nicht häufig gibt es in unseren deutschen Mittelgebirgen ein so klar gegliedertes, geschichtlich konstantes Raumgefüge wie im märkischen Sauerland um Lüdenscheid. Im Gegensatz zu der städtisch vielgliederten und historisch wechselhaften Struktur im westlich benachbarten Bergischen Land zwischen Wipperfürth — Hückeswagen — Lennep — Remscheid und den Gewichtsverlagerungen im nördlichen Siedlungsverband der Wupper—Ennepestraße hat das Hochflächengebiet zwischen Lenne und rheinisch-westfälischer Grenze seine innere Gliederung und Ausrichtung auf den alten wirtschaftlichen Vorort und kulturellen Mittelpunkt Lüdenscheid bewahrt. Zwar ist das alte Industrie- und Handelszentrum Breckerfeld nach seinem Absinken zu einem stillen, ländlichen Markttort durch seine Verkehrslage an der Nordabdachung des Gebirgslandes im 19. und 20. Jahrhun-

dert von der anwachsenden Großstadt Hagen angesaugt worden und damit aus dem Lüdenscheider Zentralbereich herausgeglitten, aber Halver, Kierspe und Meinerzhagen liegen noch heute als kleine Landeszentren und Amtsorte mit ihrem Umland eingefächert in dem Hinterland der alten Höhenstadt, während im Osten an der Lenne Altena, Werdohl und Plettenberg in industrieller und zentralörtlicher Beziehung stärkere Positionen aufbauen konnten.

Dieses über das tiefe Waldtal der Volme nach Westen hinübergreifende Hinterland Lüdenscheids ist stabil seit mehr als drei Jahrhunderten. Heute ist es sowohl im Einkaufsverkehr wie im Einzugsbereich der Höheren Schulen, Krankenanstalten und den Beziehungen der Wirtschaft überzeugend zu fassen. Natürlich-geographische Ursachen hat die Stabilität zweifellos nicht. Denn während im Süden beispielsweise das Kernsiegerland seine ungemein ein-drucksvolle Geschlossenheit dadurch erhält, daß es in der allseitig von bewaldeten

Wasserscheiden umgebenen Quellmulde der oberen Sieg um die alte Hauptstadt Siegen zur geschichtlichen und wirtschaftlichen Einheit geworden ist, besitzt Lüdenscheid keine vergleichbare natürliche Zentrallage und keine geographisch geschlossene Landschaft. Hier ist es vielmehr eine alte geschichtliche Scheide, die das Lüdenscheider Gebiet im Westen begrenzt und gesichert hat. Denn wenn wir die Auswirkungen der Bergisch-Märkischen Territorialgrenze durch die Jahrhunderte hindurch verfolgen, so wird klar, daß das hierarchische Verhältnis und die Zuordnung der Bereiche durch die Stabilität der Grenze gleichsam garantiert wurde.

Der Aufschwung des grenznahen märkischen Kirch- und Gerichtsortes Rönsahl im 18. Jahrhundert zum Beispiel hat über industrielle Ansätze hinaus nicht zur Bildung eines starken Marktortes geführt, der Umland im Bergischen gefordert hätte. Da die Grenze wirksam blieb, hat aber auch umgekehrt die älteste Stadt des Ber-

gischen Landes, Wipperfürth, ihren Bereich ebensowenig auf märkisches Territorium ausdehnen können wie die 1723 an der Grenze gestiftete Missionssiedlung Kreuzberg es auf die Dauer vermochte.

Jedoch, wenn bisher von der Kontinuität eines Lüdenscheider Hinterlandsbereiches und der Grenze seines Verkehrsgebietes gesprochen werden konnte, so setzt das doch zugleich eine gewisse innere Einheit dieses Gebietes voraus. So wird nun zu fragen sein nach dem Inhalt, der Struktur, den Beziehungen und Kräften, die hier eine räumliche Sonderung bewirkt haben können. Betrachten wir zunächst die wirtschaftlichen Grundlagen und die industrielle Eigenart des märkischen Sauerlandes um Lüdenscheid.

II.

Der Wirtschaftsraum Lüdenscheid

Der Lüdenscheider Bereich stellt den östlichen Kernraum des Bergisch-Märkischen Industriegebietes dar, das von der Eisen- und Metallverarbeitung in Klein- und Mittelbetrieben bestimmt wird, die in der Weiterentwicklung alter metallgewerblicher Traditionen einen hohen Grad von Spezialisierung und innerwirtschaftlicher Verflechtung erreicht haben. Wie im ganzen Süderbergland zwischen Ruhr und Sieg, rheinischem Terrassensand und Lenne sind auch im Lüdenscheider Gebiet für die frühe Periode des gewerblichen Lebens die natürlichen Standortgegebenheiten Erz, Holzkohle und Wasserkraft maßgebend gewesen, die ein materialorientiertes Landgewerbe ermöglichten. Als sich am Ende des Mittelalters drei frühindustrielle Kerngebiete herausheben, die bereits Produktionsdifferenzierungen und den Einfluß von Lage- und Verkehrsbeziehungen andeuten, ist unser Gebiet noch keine wirtschaftszentrale Einheit. Wohl wird Lüdenscheid bereits als östliches Zentrum der mittelalterlichen Osemunderzeugung erkennbar, als Kern des Gebietes der wandernden „Ierschmitte“, die Nester von Eisenstein, Rasen- und Sumpferzen in Renn- und Luppenfeuer verhütten und das gefrischte, zu einem Stab ausgeschmiedete Osemundeisen nach Lüdenscheid liefern, wo es zu grobem Draht ausgezogen und zum Teil zur Weiterverarbeitung nach Altena und Iserlohn versandt wird. Aber auf den Hochflächen westlich der Volme bis hinunter nach Kierspe und Meinerzhagen ist Breckerfeld mit seinem bedeutenden, durch Hansebeziehungen zeitweise sogar den englischen Markt beherrschenden Eisen- und Stahlgewerbe der industrielle Vorort, während am östlichen und westlichen Flügel des ganzen Gebietes Solingen und Iserlohn schon früh eine Vormachtstellung in Weiterverarbeitung und Handel gewinnen.

Der wirtschaftliche Rückgang und Verfall des Breckerfelder Eisen- und Stahlzentrums im 16. Jahrhundert, bedingt durch den Niedergang der Hanse, den erfolgreichen Kampf der Breckerfelder Stahlschmiede gegen die den industriellen Fortschritt repräsentierenden Hammerwerke und das Fehlen neuer kaufmännischer Organisationsformen, wie sie dem nun von der Bergischen Seite hereinbrechenden Frühkapitalismus entsprechen, scheint mir der Angelpunkt für die gesamte weitere wirtschaftsgeographische Entwicklung zu sein. Einmal entsteht nun unter Förderung der preußischen Merkantilpolitik unter Industrieverlagerung, Zuwanderung und Verlagsbeziehungen vom Bergischen her der blühende, eng verflochtene Industrie- und Handelsraum im Ennepe- und Heilenbecketal, zum anderen zentralisiert sich der Lüdenscheider Bezirk schärfer und weitet sich, ohne die Konkurrenz Breckerfelds fühlen zu müssen, bis zur Westgrenze aus. Die Produktionsrichtung des alten Osemundbezirkes und die wirtschaftliche Struktur der zahlreichen kleinen Höhenschmieden bleiben auf dieser Grundlage bis ins 18. Jahrhundert erhalten.

Dann beginnt von Lüdenscheid aus die Umstellung von der Grobschmiederei zur Fertigung von Draht- und Metallkurzwaren, vor allem Metallknöpfen. Was die

Natur dem Wirtschaftsraum nun an Standortbegünstigungen versagt, muß durch menschliche Anpassung, Energie und Können wettgemacht werden. Es gelingt, durch einen technisch hochqualifizierten, fleißigen und bodenständigen Facharbeiterstamm, durch Elastizität der Unternehmerführung und durch die enge Zusammenarbeit und Abstimmung der Produktionsziele eine leistungsfähige Industrie zu schaffen, die im Laufe dieses Jahrhunderts andere bedeutende Industriegruppen zu entwickeln oder heranzuziehen vermag. Elektrotechnisches Installationsmaterial, Aluminium-Geschirre und Bestecke und Kunstharzwaren werden neben den Draht- und Metallkurzwaren zu Hauptprodukten der Lüdenscheider Industrie.

So ist Lüdenscheid, wie einst für die Osemundschmiederei, auch heute Wirtschaftsmittelpunkt. Das kommt in der hohen Zahl der täglich von allen Seiten einpendelnden Arbeiter zum Ausdruck (fast 1500 bei der Volkszählung im Jahre 1950), die ihrerseits wieder als Käufer für eine große Zahl bedeutender und leistungsfähiger Einzelhandelsgeschäfte des täglichen und nichttäglichen Bedarfs wichtig sind.

III.

Der märkische Kulturraum um Lüdenscheid

Während jedoch die Ausstrahlungen des Lüdenscheider Industriebezirkes in den letzten Jahrzehnten z. B. mit der Elektroindustrie schon über die märkische Grenze nach Westen ins Gebiet von Radevormwald hinübergriffen, ist die Kulturraumgrenze hier außerordentlich konstant geblieben. Selten trifft man heute an einer innerdeutschen Grenze in einer einheitlichen natürlichen Landschaft eine so überzeugende Scheide zweier historischer Landschaften wie etwa zwischen Halver und Radevormwald. Mit W. Hellpach und dem Bonner Sprachforscher A. Bach können wir die rheinisch-westfälische Grenze in ihrer starken Prägestärke für Volkskunde und Mundart nur noch mit der alemannisch-bayrischen Sprachgrenze vergleichen.

Die Gründe dafür sind früher einseitig und vereinfachend in den Stammesgrundlagen gesucht worden. Wenn es nun auch nicht bestritten werden soll, daß schon von den Anfängen der Besiedlung her im 9. Jahrhundert Unterschiede in den Kultur- und Siedlungsräumen beiderseits einer um die Wasserscheide von Ruhr und Wupper gelagerten Grenzsaumes bestanden haben werden, so sind uns doch Art und Stärke dieser sächsischen und fränkischen Stammesgrundlagen unbekannt. Die landeskundliche Forschung hat bei der Erklärung heutiger Unterschiede zwischen unseren Kulturräumen immer mehr die Auswirkungen der späteren geschichtlichen Entwicklung und die Prägestärke der mit ihr zusammentreffenden kulturellen Bindungen in politisch geformten Verkehrsräumen zu würdigen gelernt.

So wenig wir heute grundsätzlich noch in den Ortsnamen einen Niederschlag von Stammesbindungen sehen dürfen, so wenig gelten auch bei der Erforschung der Landwehnanlagen, die auch unsere rheinisch-westfälische Grenze begleiten, noch stammesmäßige Erklärungen. Es ist vielmehr für bestimmte Strecken der Landwehren der sichere Nachweis gelungen, daß sie erst zur Sicherung des Landfriedens von den späteren Territorien angelegt wurden. Selbst die Dialektforschung ist zu der Erkenntnis gekommen, daß neben dem Volksschlag auch politische, psychologische und verkehrsräumliche Faktoren bei der Ausbildung unserer heutigen Mundartgliederung und ihrer Grenzen bestimmend beteiligt gewesen sind. So erscheint die „Westfälische Sprachgrenze“, die als Merkmal östliches -et vom westlichen -en in der Endung scheidet, auf weite Strecken als kultureller Niederschlag der späteren Territorialgrenze; nur im Gebiet um Radevormwald, das geschichtlich und kulturell eine Uebergangsstellung besitzt, biegt die als „Normallinie“ geltende Lautgrenze nach Westen ab.

Daß aber trotzdem der Bereich von Radevormwald heute volkskundlich, kulturell und vor allem durch die Ausstrahlungen des Bergischen Bürgerhauses auch siedlungsgeographisch gegenüber dem märkischen Raum von Halver — Kierspe — Lüdenscheid durchaus „rheinisch“ anmutet und sich auch „rheinisch“ fühlt, beweist nur die vereinheitlichende, kulturell ausgleichende Wirkung der Grenze auf beiden Seiten. Während im 14. Jahrhundert, vollends mit dem inneren Ausbau der Territorien Mark und Berg im 16. Jahrhundert der Grenzsaum zur linienhaften Trennungs- und Ausgleichsgrenze wurde, verstärkte sich die verschiedene Ausrichtung der Räume durch immer neue Bindungen politischer und verwaltungsmäßiger Art. Wenn auch in personenrechtlicher Hinsicht durch zahlreiche „Bergische Leute“ in der Mark und „Märkische Leute“ im Herzogtum Berg noch bis ins 18. Jahrhundert hinein Beziehungen über die Grenze hinweg bestehen blieben, so errichtete doch die Zeit des Absolutismus und Merkantilismus mit ihren vielfältigen staatlichen Einwirkungen auf allen Lebensbereichen zwischen der preußischen Grafschaft Mark und dem zur Pfalz-Neuburg gehörenden Bergischen Land eine recht spürbare Scheide.

Auch für die Konfessionsentwicklung blieben die alten Verkehrsrichtungen wirksam. Ueber Dortmund, Soest und Lippstadt gelangte die Reformationslutherischer Prägung ins Bergland der Grafschaft Mark. Während das ganze westmärkische Gebiet evangelisch-lutherisch wurde, blieb der agrarische Teil des Herzogtums Berg um Wipperfürth und Meinerzhagen katholisch, und im industrialisierten nieder- und mittelbergischen Raum setzte sich der Calvinismus in enger Verbindung mit den Wirtschaftsbeziehungen zum Niederrhein und den Niederlanden durch. So wurde über die Territorialgemeinschaften die rheinisch-westfälische Grenze auch zur Konfessionsgrenze, im Norden zwischen lutherischem und reformiertem, im Süden zwischen lutherischem und katholischem Bekenntnis. Das hat auch für die Bevölkerungsgeschichte spürbare Folgen gehabt. Beeinflußten die konfessionellen Verhältnisse doch, wie sich bei der Auswertung alter Kirchenbücher auch für die beiden evangelischen Gruppen deutlich feststellen läßt, die Heirats- und Bevölkerungsverbindungen und unterstützten so auf beiden Seiten der Grenze die Sonderung verschiedener räumlicher Lebensgemeinschaften, die durch die zentralen Funktionen der Orte täglich neu akzentuiert wurden.

Im inneren Verwaltungsgefüge der Mark war die Stadt Lüdenscheid bereits im 13. Jahrhundert ein bedeutender zentraler Mittelpunkt. Sein Vestgedinge war das höchste Gericht des märkischen Süderlandes, Berufungsinstanz für das Gerichtswesen im Bereich von Breckerfeld bis Meinerzhagen und Altena. Das Gogericht für das märkische Gebiet um Halver, Kierspe, Dahl gehörte zwar bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts — als Nachklang der alten Bedeutung des einzigen befestigten Platzes vor Lüdenscheid — noch zu Breckerfeld. 1753, bei der Trennung der Justiz von der Kammerverwaltung entstand dann der Landgerichtsbezirk Lüdenscheid und zog, gemeinsam mit dem zentralen Ort Altena, die Beziehungen des westfälischen Grenzgebietes noch weiter ins märkische Hinterland.

So ist gerade im unmittelbaren, täglich engen Verkehr mit Behörden und Verwaltungen, die sich in ihrer Zuständigkeit an der Grenze scheiden und die hier im einzelnen nicht aufgezählt werden brauchen, in den intensiven Lebensbindungen an verschiedene Schul- und Arbeitsorte, Absatz- und Marktgebiete und in der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit der Verbände beiderseits der Grenze die Sonderung und Eigenart des geschichtlichen Raumes der Mark weitergewachsen. Dazu kam der engere Bevölkerungsaustausch innerhalb des politischen und verwaltungsmäßig begrenzten Landes und die psycho-

logische Einstellung: das Bewußtsein der Menschen von ihrer geschichtlichen Zugehörigkeit, das Gefühl ihrer kulturellen Eigenart und schließlich die enge Bindung an den Heimatraum, die gerade in der westfälischen Mark so lebendig geblieben ist.

Letztlich also, und das wollte dieser kleine Beitrag zeigen, kann uns nur ein Blick auf die Gesamtheit und die Dynamik der geschichtlichen Lebenszusammenhänge im Vergleich mit den Nachbarlandschaften etwas ahnen lassen vom Werden historischer Räume und beitragen zum Verständ-

nis ihrer wirtschaftlichen Stellung und kulturgeographischen Eigenart.

Anmerkung

Im größeren Zusammenhang sind die hier für den Lüdenscheider Raum angelegten Fragen behandelt und mit Quellenbelegen gestützt in meiner Arbeit: Die rheinisch-westfälische Grenze zwischen Ruhr und Ebbegebirge. Ihre Auswirkungen auf die Kultur- und Wirtschaftsräume und die zentralen Funktionen der Orte. Veröff. d. Provinzialinstituts f. westf. Landes- und Volkskunde. Wirtschafts- und Verkehrswissensch. Arbeiten, H. 6, Verlag Aschendorff 1953 (143 S., 22 Karten, 6,20 DM) sowie in dem Aufsatz: Territorialgrenze, Konfessions- und Siedlungsentwicklung. Untersuchung zur historischen Kulturgeographie des märkisch-bergischen Grenzsaumes. „Westfälische Forschungen“ Bd. 6 (1943—1952), Münster. 1953.

Carl Theodor Ferdinand Grün

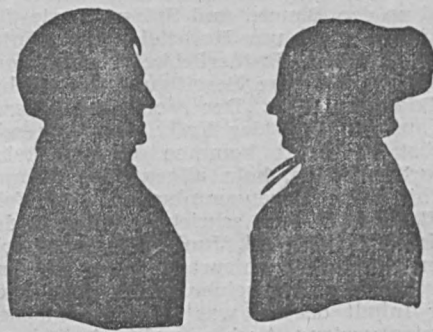
Ein Lüdenscheider sozialer Idealist (1817—1887) / Von Landesarchivrat i. R. Dr. W. Schulte, Ahlen

Unter den westfälischen Wegbahnern einer sozialen Demokratie vor hundert Jahren hat der in Lüdenscheid am 30. September 1817 geborene Sohn des Lehrers *Johann Samuel Grün* Bedeutung weit über seine Heimat hinaus gehabt; im Rheinland und in Frankreich gehörte er während der 40 Jahre des vorigen Jahrhunderts zu den meistgenannten „Wühlern“ gegen den Absolutismus und zu den Vorkämpfern für die wirtschaftlich Notleidenden. Sein Name ist jedoch schon früh in Vergessenheit geraten. Bei seinen politischen Gegnern, den Konservativen und Liberalen, mag das verständlich sein, nicht jedoch bei denen, für deren soziale Forderungen er ebenso selbstwie kompromißlos als echter deutscher Idealist eingetreten ist. In den neueren Darstellungen der Geschichte des deutschen Sozialismus erscheint Carl Grün, wenn überhaupt, im Schatten von Karl Marx und Friedrich Engels nur als wenig profilierte Nebenfigur. Sehr zu Unrecht. Das zeigt schon ein Blick auf den

GANG SEINES LEBENS¹⁾

Nach Besuch der Rektoratschule seiner Heimatstadt und des Gymnasiums in Wetzlar studierte Carl Grün in Bonn und dann in Berlin Theologie, Philosophie und Philologie. Schon als Student muß er sich für den preußischen Staatsdienst unmöglich, doch auch in seinem (nicht mit Glücksgütern gesegneten) Elternhaus mißliebig gemacht haben. 1838 finden wir den eben 21jährigen in Colmar, also in Frankreich, sein Brot verdienen²⁾. Erst vier Jahre danach gelang es ihm, nach Deutschland zurückzukehren. In Mannheim trat er bei der radikalen „*Abendzeitung*“ als Redakteur ein. Doch schon im Oktober 1842 verbot die Polizei dem „lästigen Ausländer“ weiteren Aufenthalt, wie er es in seiner Schrift „*Meine Ausweisung aus Baden*“ (Zürich, 1843) des Näheren schildert hat. Er flüchtete nach Paris, wo er in dem Kreis anderer deutscher Revolutionäre Aufnahme fand und die ihn stark beeinflussende Bekanntschaft des acht Jahre älteren französischen Sozialisten *Pierre Joseph Proudhon* machte. Im Juni 1843 glückte es ihm — wie, ist aus den Akten nicht ersichtlich —, in Köln Wohnung zu finden und ab 6. August desselben Jahres sogar das ordentliche Bürgerrecht zu bekommen. Das ist verwunderlich. Denn er war kein Unbekannter mehr. „Wegen seiner Ausweisung in ganz Deutschland berühmt“, wurde er lebhaft als „Heimkehrer“ gefeiert, das „*Sächsische Vaterlandsblatt*“ führte sogar eine Geldsammlung für ihn durch, wie kurz vorher für *Hoffmann von Fallersleben*, den Dichter des Deutschlandliedes, und *Wilhelm Jordan*, den Erneuerer der Nibelungensage, die beide ihrer

freiheitlichen Gesinnung wegen aus Amt und Würden verwiesen worden waren. Zum anderen hielt Grün mit seinen politischen Ideen nicht hinter dem Berge. Seine *Schiller-Vorträge* waren gespickt mit sozialrevolutionären Forderungen. Vom 1. Juli 1843 bis zum 30. September 1844 vertrat er sie besonders in der zu Wesel erscheinenden demokratischen Zeitung „*Der Sprecher*“, Nachfolgerin des früher von Arnold Mallinkrot in Dortmund herausgegebenen, nun in den Besitz des Buchdruckers J. Bagel übergegangenen „*Westfälischen*



Die Eltern Carl Theodors:
Johann Samuel Grün (1786—1870)
und Frau Sophie geb. de Groot

Anzeigers“; durch Grün bekam dies durch andauernde politische Zensur gehemmte und somit fast zum Lokalblatt eingeeengte Organ beachtlichen Aufschwung³⁾. Ab November 1843 war Grün dann Mitarbeiter der äußerst links gerichteten „*Trierer Zeitung*“ und vor allem der „*Kölnischen Zeitung*“, die unter der Hauptschriftleitung des — gleichfalls aus Westfalen gebürtigen und in früheren Jahren ebenso wie Grün politisch verfolgten — Carl Theodor Brüggemann das bedeutendste Blatt Westdeutschlands geworden war.

Selbst dieser große Wirkungskreis⁴⁾ war dem leidenschaftlichen „Wühler“ noch zu eng. Es drängte ihn als Agitator in den Teil Westfalens, wo — außer der Eisenindustrie im Raume Hagen — Iserlohn — Altena — größte soziale Not herrschte: in das Ravensbergerland der Spinner und Weber⁵⁾. Ab Winter 1843 bis in den Frühsommer 1844, zunächst wohl nur für 9 Wochen von dem freiheitlichen Werksbesitzer Meyer auf Schloß Holte (bei Rietberg) eingeladen, hielt er sich in dem bis ins Lippische und Osnabrücksche wirkenden Kreis von „*Demokraten*“ auf, in dem

nahezu alle westdeutschen Revolutionäre, einschließlich Friedrich Engels und Karl Marx, verkehrten. Es handelt sich um einen zwar von Berlin aus beobachteten, trotzdem aber auffallend regen „Zirkel“, dessen geistiger Mittelpunkt der Rhedaer Arzt *Dr. Lining* war, Herausgeber des „*Westfälischen Dampfboots*“, das sich trotz aller Zensur wie keine andere Zeitschrift in Westdeutschland weit in dem Ansturm gegen die bestehende Sozialordnung vorwagte. Im Verlag dieses Blattes plante man die Gründung einer Vierteljahresschrift mit Marx und Engels als Schriftleitern, auch die Herausgabe von englischen und französischen Sozialisten, wozu Engels und Marx die Einleitungen schreiben wollten. Aus diesem „*Kommunistenkreis*“ hatten ein Jahr zuvor 25 Leser aus Gütersloh und 14 aus Rheda bei der Regierung dagegen protestiert, daß die sozialistische „*Rheinische Zeitung*“, das Organ von Marx und Engels, verboten wurde. Bei diesen Männern fand auch Hoffmann von Fallersleben Zuflucht; sie standen mit führenden Revolutionären in Frankreich und der Schweiz, Schlesien und Ostpreußen in Verbindung. Von hier aus besuchte Grün häufig u. a. den „*Politischen Club*“ Christian Nasses in Bielefeld⁶⁾ und den späteren, freiheitlichen Ideen zugänglichen Abgeordneten der Berliner Verfassungsgebenden Nationalversammlung, *Bernhard von Bruchhausen* auf Haus Stovern (Kreis Beckum). Es dürfte dessen Bruder *Wilhelm von Bruchhausen* gewesen sein, ein in Köln als „*Literat*“ lebender, wegen demokratischer Gesinnung aus dem Heer entlassener Infanterieleutnant, der die Einladung Grüns nach Ostwestfalen vermittelt hat.

Doch schon im Frühjahr 1844 machte Grün die Polizei erneut gegen sich mobil. Seine in Darmstadt gedruckte Schrift „*Bausteine*“, eine andere über „*Die Judenfrage* (gegen Bruno Bauer)“, seine „*Reden über Literatur und allgemeine kulturpolitische Fragen*“ und die „*zum Besten der armen Spinner im Ravensbergischen*“ gehaltene „*Ueber wahre Bildung*“⁷⁾ erregten auch in der Bevölkerung Unwillen. Die Anzeige des Osnabrücker Landdrosten Graf Wedel über eine von Grün geleitete „*kommunistische Pflingstzusammenkunft*“ erwies sich allerdings als übertrieben. Danach sollten sich in Tatenhausen (Krs. Halle) — viele Arbeiter zusammengerottet, „ein Pereat auf den König ausgebracht“, Gütergemeinschaft gefordert und den „*Glauben an Gott für Unsinn erklärt*“ haben. Der Landrat von Halle berichtete jedoch, es habe sich nur um einen Pflingstausflug gehandelt, der dann allerdings bei starkem Umtrunk in Unfug ausgeartet sei. Unter den rd. 60 Leuten seien auch Akademiker, sonst aber meist nur „*Ladendiener, Apothekergehilfen und dergl. unbedeutende Personen*“ aus Osnabrück und der Umgebung von Rheda gewesen, doch kaum Arbeiter. Der Landrat von Beckum allerdings wußte später zu melden (20. 6.), Grün habe „in Bielefeld, St. Vit und im übrigen Kreis Wiedenbrück mit Helfershelfern Versammlungen durchgeführt, die Religion und Politik sowie Eigentum ganz im Geiste des Kommunismus verhöhn“; in Gütersloh hätten die angelockten jungen Leute ein Lied gesungen mit dem Endvers „*Freiheit und Gleichheit in der ganzen Welt*“!

Grüns politisches Vorleben wurde daraufhin auf Veranlassung des Oberpräsidenten erneut untersucht und die von ihm betriebene Gründung einer Bielefelder Monatschrift durch den Zensor bei der Regierung in Minden sofort unterdrückt. Grün entzog sich der drohenden Verhaftung mit Extra-

1. Erstmals dargestellt unter Auswertung der Akten im Geh. Staatsarchiv, Berlin-Dahlem, Rep. 77 VI: Politisch verdächtige Personen (G 135: Carl Grün (1842 bis 1859) und im Staatsarchiv Münster, besonders: OP B 390: Die politischen Umtriebe des Dr. Grün usw., 1843 — OP B 2892: Listen der politischen Flüchtlinge — Reg. Münster 247. — Auf vollständige Angabe der Belege auch aus der gedruckten Literatur (Zeitungen, Flugschriften, Bücher) muß an dieser Stelle verzichtet werden.

2. Wo und auf Grund welcher Dissertation Grün der in den Akten wiederkehrende Doktor-Titel verliehen wurde, oder ob er ihn überhaupt erworben hat, konnte ich nicht feststellen.

3. Über ihn berichtete der rheinische Zensor an den Minister des Inneren am 31. 8. 43: „Das Blatt ist durch und durch radikal und wird von Tag zu Tag zügelloser... Es ist um so bedenklicher, dem Blatte die Zügel schießen zu lassen, da es das einzige namhafte (außer dem Westf. Merkur, Münster) in Westfalen ist und auf die Stimmungen der Provinz leicht den schädlichsten Einfluß gewinnen kann.“ Bagel mußte Grün deshalb auf Druck der Polizei kündigen.

4. Über ihn vergl. *Jacques Droz*, *Le Libéralisme Rhénan 1815—48*, Contribution à l'histoire du libéralisme allemand, Paris 1940, und *Karl Strommel*, *Sozialistisch-kommunistische Bewegungen im Rheinland vor der Revolution 1848/49*, phil. Diss. Bonn 1949 (Maschinenschr.).

5. Die im folg. geschilderte *Tätigkeit Grüns in Westfalen* wird in allen bisherigen Darstellungen nicht berücksichtigt, bzw. nur gestreift.

6. *Christian Nasse* war, nach 8jährigem Studium, mehrmals u. schließlich ganz von der Universität verwiesen, in Bielefeld Bierbrauer geworden. 1844 fand in seinem Hause eine Lotterie zugunsten des zu 5 Jahren Festung verurteilten Führers der hessischen Demokraten, des Marburger Prof. Jordan, statt. Noch Anfang 1848 flüchtete N. nach Amerika, kehrte dann wieder zurück u. wurde am 14. März 1850 wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

7. Dieser Vortrag wurde sofort gedruckt. Die Mindener Zensurstelle bekam von Berlin einen Ruffel, daß sie der Druckerei Helmich in Bielefeld die Drucktaubnis geben.

über Altena (Lüdenscheid) und Lennep nach Köln (Bericht des Altenaer Landrats vom 21. 7. 1844).

Von hier aus floh er wieder nach Paris. Sein Brot verdiente er ab Ende 1844 als „Pariser Korrespondent“ der Kölnischen und der Trierer Zeitung sowie durch Vorträge über *Shakespeare* und über „*Deutsche Literatur- und Geistesentwicklung*“ (Winter 1845/46), auch durch sein 1845 in Darmstadt erschienenes Buch „*Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien, Briefe und Studien*“, vor allem jedoch durch die sehr beachtete Uebersetzung von Proudhons Hauptwerk „*Système des contradictions économiques ou philosophiques de la misère*“ (in 2 Bänden, 1847). Daraus veröffentlichte er umfangreiche Auszüge in der Kölnischen Zeitung 1847 (Nr. 281—303). Obwohl nicht auf Rosen gebettet, gab er — und das beweist die Echtheit seiner Uebersetzung — von dem wenigen, was er hatte, an Arme, z. B. das ganze Honorar für seine Shakespeare-Vorträge (138 Taler) an die notleidenden Weber in Schlesien.

Eine derart vielseitige, agitatorisch wirkende Tätigkeit machte ihm aber selbst den Pariser Boden unter den Füßen zu heiß. Wegen Verbindung mit „deutsch-kommunistischen Arbeitern“ von der französischen Polizei beobachtet, entfernte er sich eines Tages nach Lüttich. Der Versuch, von hier wieder nach Deutschland zu entweichen, scheiterte. Erst nach Ausbruch der Märzrevolution in Berlin und in dem übrigen Preußen konnte er die Grenze überschreiten, um sich nun ungehindert für seine politischen Ziele einzusetzen. Im Kreise Wittlich (Reg.-Bez. Trier) stellte er sich an die Spitze der vor dem Ruin stehenden Moselwinzer. Zugleich plante er eine Schriftenreihe „Die Revolution im Jahre 1848“, deren erstes Heft über „Die französische Revolution“ aus der Feder seines Freundes Proudhon er sofort herausbrachte. Bei den Wahlen für die Preussische verfassungsgebende Nationalversammlung kandidierte er zunächst in dem Eifelkreis *Bitburg*. Dem rheinischen Oberpräsidenten von Eichmann gelang es jedoch, „die Wahl des Literaten Dr. Grün, eines Hauptwählers“ zu vereiteln. „Dieser hatte“, so berichtete er am 14. Mai an das Berliner Ministerium, „den Landrat des Bitburger Kreises durch alle Kunst der Verführung für sich eingenommen, so daß der an sich brave, aber exaltierte und aus einem edlen Grunde kommunistischen Ideen zugängliche Mann . . . für Grün werben wollte.“ So gelang es Grün erst Oktober 1848 im Kreise Wittlich als Stellvertreter des als Abgeordneter ausgeschiedenen Kölner Oberstaatsanwalts Zweifel in die Berliner Nationalversammlung zu kommen. Hier schloß er sich der „äußersten Linken“ an und er blieb auf dieser Seite auch später als Abgeordneter in der 2. Kammer des Ende 1848 einberufenen Landtages. Das währte aber nur kurze Zeit. Nach dem Wiederaufleben der Revolution im Mai 1849 gab er nämlich sein Mandat auf und machte trotz der wiederhergestellten Militärmacht mutig den Aufstand in der Pfalz mit. Der Regierungsbezirk Trier sah ihn an der Spitze der neuen Erhebung, mit welchem Einfluß, zeigt ein Familienbrief aus Trier vom 6. Mai: Die dortigen Unruhen seien ausgegangen „von einem Haufen Vagabonden, und Tagelöhnern, die einige gute Führer haben, die gut sprechen und mittels Geldverteilung das Volk aufregen. An der Spitze steht ein Herr Grün aus Paris, wohin er als Verwiesener gezogen“; dieser betreibe die Proklamierung der Republik und die Verbindung mit Frankreich⁸⁾. Der Aufstand wurde aber bald niedergeschlagen. Grün geriet in Gefangenschaft, kam indes nach 8 Monaten Haft im Januar 1850 wieder frei, doch mit erneutem Aufenthaltsverbot für ganz Deutschland. Vergeblich versuchte er, Unterschlupf in Westfalen zu finden. Er mußte

wieder ins Ausland. Fortan lebte er in Belgien, zunächst bis 1861 in Brüssel. So war er für seine Heimat und für das politische Leben in Deutschland schon „tot“, lange vor seinem Ableben am 18. Febr. 1887 in Wien.

Fragt man, weshalb der in solcher Leidenschaft für seine Ideale kämpfende Mann ohne weiterwirkenden Erfolg blieb, so ist die Antwort nicht mit der billigen Abstempelung als „politischer Romantiker“ gegeben, erst recht nicht mit dem in den westfälischen Polizeiakten wiederkehrenden Vorwurf, er habe überhaupt nicht aus echter Ueberzeugung gehandelt, sondern mit einem „Prasserleben“ geliebäugelt auf Kosten derer, denen er vorgebe, helfen zu wollen. Umgekehrt und ebenso irrig wurde Grün nachgesagt, er habe in Westfalen Anhänger „durch Tractieren mit Wein“ zu gewinnen versucht. Damit hätte man allenfalls einen seiner Mäzene, den Gutsbesitzer Tenge-Barkhausen treffen können, doch auch da nur zu Unrecht; denn es ging diesem Manne wie dem ganzen Rheda-Rietberger „Kommunistenkreis“ keinesfalls um Nachläufer.

Wohl dagegen trifft zu, daß Grün allzu sehr in seinen Theorien lebte, als daß er, auch ohne Polizeiverordnung, eine nennenswerte Anhängerschaft hätte gewinnen können. Erst recht in Westfalen konnte er nicht mehr zustande bringen, als ihm tatsächlich geglückt ist. Gewiß wußte er, daß es den Bauern und Spinnern wie den Winzern nicht um Hochziele wie „Einigkeit, Freiheit, Brüderlichkeit“ ging, sondern um spürbare Beseitigung der sie bedrückenden Nöte. „Der preußische Liberalismus ist nicht das Volk; das Volk will selbst zu Worte kommen, es will keine Repräsentanten, kein allgemeines Stimmrecht, keine Urversammlungen. *Das Volk will Brot!*“ — so schrieb er selbst in der Trierer Zeitung (11. Juni 1847). Aber solcher Erkenntnis entsprach weder die unanschauliche Art seiner Rede, noch auch der Inhalt dessen, was er den einfachen Leuten vortrug. Auch er wollte Aufhebung der Not, sprach jedoch meist nur vom „Fortschritt“, vom „Glück in der Zukunft“. Die sehr realistisch denkenden Spinner und Weber in der Senne spürten schon bald, daß die Grünschen Ideale zu schön waren, um je Wirklichkeit werden zu können. In seiner genannten Rede über „Die wahre Bildung“ hatte er unter der Losung: „*Alle sollen arbeiten und alle genießen!*“ entwickelt, der Sozialismus sei „das Zukunftswort für die neue Epoche. Das schöne, unruhige Wogen der Menschheit im sicheren Kahne neuer organischer Lebensgesetze wird wesentlich und durchaus sozial sein. Das ist die Zukunft der Welt! Alle unsere Bildung war Vorbildung auf die Entwicklung zum Sozialismus. All unser Tun und Lassen war . . . Zertrümmerung der alten Bildung, um für die neue den Bauplatz zu gewinnen. Es wird aber eine Zeit des Aufbaues kommen, der fortwährenden Schöpfung . . . Diese Zeit ist die Zeit des Sozialismus. Die Politik kann keine Proletarier und keine Weiber emanzipieren; dies ist nur die Kehrseite von dem Satze: sie kann die Arbeit nicht organisieren. Flicker kann sie, stümpfern und pfuschen, Maßregeln ergreifen, Armen- und Kolonialwesen verbessern. Aber ihre ganze Schwäche liegt schon in dem Ausdruck: *Das Armenwesen verbessern.*“ Das war dem Idealisten zu wenig. Er wollte die Armut überhaupt aus der Welt schaffen! Einer solchen Parole hielt der Rietberger Gymnasiallehrer *Kayser* in einer Broschüre⁹⁾ entgegen, sie habe nicht mehr Sinn als „der Vorschlag des alten Aeskulap, nicht die Krankheit, sondern den Tod aus der Welt zu schaffen“, und zu dem Versprechen, allein der Sozialismus werde den Menschen das Glück bringen, sei zu sagen: „Herr Grün nimmt uns zwar den Himmel jenseits des Grabes, gibt uns dagegen den Himmel auf Erden wieder.“

Mit dem letzten Satze traf *Kayser* eine andere schwache Seite bei Grün, seine Kirchenfeindschaft. Grün gehörte zu jenen Fortschrittsgläubigen, die im Gefolge der Aufklärung, insbesondere der Proklamationen von 1789 wähten, erst müsse das Christentum abgeschafft sein, wenn der Mensch für das Diesseits (wieder) brauchbar werden solle; die Bibel sei nur Opium für die Armen. Obwohl die Hörer Grüns ärgste Not bedrückte — eine solche Lehre konnte bei ihnen nicht zünden. Die von der Polizei befürchteten „Szenen, wie sie kürzlich in Schlesien erlebt worden sind“, blieben aus; die Schrift über „Die wahre Bildung“ fand nur in dem benachbarten Lippe größeren Absatz, blieb jedoch wegen ihres wenig volkstümlichen Stils auch hier ungefährlich. Prüfen wir zudem

GRÜNS LEHREN UND FORDERUNGEN

genauer auf ihren Zusammenhang mit denen der führenden Sozialisten seiner Zeit, so ergibt sich, daß er wenig ursprünglich war. Eine ihn ganz und gar bestimmende Beeinflussung erfuhr er durch den von ihm so hoch verehrten Proudhon, dessen Hauptwerk er, wie schon gesagt, übersetzte. Proudhon forderte Aufhebung der geschichtlich überkommenen Eigentumsverhältnisse bei Privaten, Staat und Kirche als den Ursachen des Massenelends; er lehnte jedoch ebenso wie die freie auch eine kommunistisch-zentralistische Wirtschaft ab, weil ja eben der Einzelpersonlichkeit ihr Recht werden müsse. Alles wirtschaftliche Tun sei auf Gegenseitigkeit abzustellen, diese allein trage Gerechtigkeit und Freiheit *naturgemäß* in sich. Wenn alle — einzelne wie gesellschaftliche Kräfte — in selbstgebundener Freiheit gegenseitig einander dienen und fördern, dann würden die sich bekämpfenden Gegensätze „synthetisch“ beseitigt. Diese Grundgedanken Proudhons finden wir bei Grün genau so wieder, einschließlich der sich daraus ergebenden Ablehnung des von Marx und Engels angestrebten Klassenkampfes.

In gleicher Weise bestimmte der deutsche Philosoph *Ludwig Feuerbach*, der Begründer des neueren materialistischen Naturalismus, Grün so stark und so nachhaltig, daß dieser noch in späteren Jahren (1874) eine wirkungsvolle Biographie Feuerbachs schrieb. Feuerbach aber lehrte, Religion habe Bedeutung nur für Primitive; sie sei nichts anderes als der Versuch des Menschen, die Schranken seines Daseins zu überwinden; alle sog. „religiöse Offenbarung“ sei also nur Ausdruck menschlicher Wünsche und Ideale, so daß mit dem Fortschritt der Kultur und Bildung „Religion“ an Bedeutung immer mehr und schließlich ganz verliere. Damit die Menschen zu „freien, selbstbewußten Bürgern der Erde“ werden könnten, habe also alles zu geschehen, um durch Besserung der äußeren Verhältnisse Kultur und Bildung zu fördern. Von hier aus ergaben sich folgerichtig umfassende soziale Forderungen. Hier hat man den eigentlichen Schlüssel zu Grüns Ablehnung des Christentums, wobei allerdings noch zu ermitteln wäre, welche Erfahrungen im kirchlichen Leben seiner märkischen Heimat den jungen Grün bewogen haben könnten, dem Christentum so früh schon den Rücken zu kehren¹⁰⁾. Es mangelte ihm jedoch an logisch zwingender Gedankenführung und entsprechend klarer, überzeugender Ausdrucksweise, so daß man verstehen kann, wenn nicht nur einfache Leute hin und wieder den Eindruck eines zwar das Beste anstrebenden, aber sich in Illusionen ergehenden Schwärmers bekamen.

8. *Otto Eltester* an seine Eltern; in der noch unveröffentlichten Sammlung; W. Eltester, Familienbriefe a. d. Jahren 1848/49. W. Eltester war 1848 Bürgerwehnhauptmann in Berlin.

9. „Einige Bedenklichkeiten zur Grünschen Vorlesung über wahre Bildung“, bei Wundermann, Münster u. Minden, 1844.

10. Im besonderen wären zu untersuchen die ganz anders als im Ravensbergischen gelagerten kirchlichen Zustände in den von den Reformierten maßgeblich bestimmten Städten der Grafsch. Mark, sodann der etwaige Einfluß des aus Fröndenberg stammenden Berliner Oberhofpredigers *Ernst Wilhelm Hengstenberg* und der von ihm geleiteten „*Evangelischen Kirchenzeitung*“, sowie des anderen Oberhofpredigers *Rulemann Friedr. Eylert*, gebürtig aus Hamm.

So gefühlbetont immerhin der Menschheitsbeglückungswille Grüns war, er dachte doch auch — über Proudhon hinaus — an ganz konkrete Maßnahmen wirtschaftlicher Art. Er sah voraus, daß der „Pauperismus“ auf die Dauer nicht mehr von einer landwirtschaftlich bestimmten Staatswirtschaft, d. h. durch wohlfeile Lebensmittel beseitigt werden könne; die Aufhebung der Kornzölle habe z. B. dem englischen Arbeiter keine Erleichterung gebracht. Schutz vor Armut biete, je länger je mehr, nur die Industrie. Deshalb seien die Naturwissenschaften (Physik, Chemie) und die Technik mit allen Mitteln zu fördern. Andererseits aber sei der heimischen, schwer um ihr Aufkommen gegen England ringenden Wirtschaft durch Fernhaltung der Einfuhr zu helfen. „Die Handelsfreiheit hat uns zu Knechten der Engländer gemacht.“ Daher forderte Grün Einführung von Schutzzöllen, nicht im Interesse der Industrie und des in ihr investierten Kapitals, sondern zum Besten des ganzen Volkes. Keinesfalls komme es also auf „billigste Produktion“ an, sondern auf die Beschäftigung aller. Letztes Ziel für Grün war eine geschlossene Nationalwirtschaft.

In gleicher Weise aber habe der Staat für eine Neuordnung des Eigentums zu Gunsten des ganzen Volkes zu sorgen. Bisher hätten die Regierungen — Grün dachte vornehmlich an England, Frankreich und Belgien — einseitig die Interessen der Besitzenden gehütet und die soziale Not unter Beibehaltung der „Fronvogtei des Arbeitshauses“ nur durch Almosen beheben wollen. Den hier zugrundeliegenden römisch-rechtlichen Eigentumsbegriff als Fundament der staatlichen Ordnung lehnte Grün ab, er forderte Beschränkung des Eigentums zu Gunsten des allgemeinen Volkswohls. Deutlich sieht man wieder den Einfluß der Proudhon'schen Lehre, seiner berühmten Antwort auf die Preisfrage von 1840: Was ist Eigentum?: „Eigentum ist Diebstahl!“ Wie Proudhon verlangte Grün eine Aenderung der Besitz- und Wirtschaftsverhältnisse zum Wohle aller, nicht — das ist die andere Seite — nur zu Gunsten des Arbeiters, eine Aenderung aber auch ohne Gewalt und Umsturz, da diese das Wohl der Gesamtheit zerstören würden.

Mit dieser ethisch-sozialen Einstellung geriet Grün auf die Dauer in immer feindlicheren Gegensatz zu Karl Marx. Hier liegt ein weiterer Grund für seine Erfolglosigkeit bei dem „klassenbewußten Proletariat“ und dessen Worthaltern. Zwar hatte er mit Marx zusammen in Berlin die Vorlesungen Hegels gehört und ebenso wie Grün ging auch Marx von dem Materialismus Feuerbachs aus. Doch er zog andere Folgerungen sowohl aus Hegels dialektischer Philosophie wie aus der ökonomischen Geschichtsauffassung Feuerbachs, nämlich die unausweichliche Notwendigkeit eines rücksichtslosen Klassenkampfes. Friedrich Engels, der Grün noch 1844 neben Marx und Moses Heß zu den eigentlichen Vorkämpfern des Kommunismus in Deutschland rechnete, machte sich später geradezu lustig über den auf eine internationale Revolution verzichtenden „philosophischen“ Sozialismus; der damalige Freund war für ihn nur noch ein „Konfusionarius“, ein „Philister“, ein „literarischer Industrieritter“, dessen Ideen von „Menschheitsbeglückung und allgemeiner Harmonie“ ebenso öde seien wie der „vergrünte“ Assoziationsplan Proudhons, den der Westfale durch seine Uebersetzungen in Deutschland propagierte. Grüns Buch über Goethe galt für Engels nur als Erzeugnis eines „deutschen Kleinbürgers“, wie auch Marx Proudhon als Verkünder kleinbürgerlichen Denkens verhöhnte. Das aber war damals der herbste Tadel, den ein Sozialist aussprechen konnte. Beide, Engels wie Marx, verurteilten auch das Zusammengehen Grüns mit den vornehmen „Bürgerlichen“. Und doch hatten sie selbst die Hilfe eben dieser „prinzipiell“ verachteten „Bourgeois“ nicht abgeschlagen, sondern geradezu gesucht. Wenn Engels im

November 1845 nach Rheda gekommen war, so eben wegen der beträchtlichen Geldmittel und in Hoffnung auf die Druckerei, über die der dortige Kreis verfügte zu einer Zeit, in der selbst als radikal bekannte Verleger keine Schriften mehr herausbringen mochten, deren ganze Auflage meist schon in der Druckerei beschlagnahmt oder doch nach dem Erscheinen verboten und eingezogen wurde. Und als Marx sich 1849 für seine „Neue Rheinische Zeitung“ vergebens bei einem Freund in Bremen um eine Beihilfe bemühte, war es der Bielefelder Fabrikbesitzer Rempel, der ihm in jenem für Marx so kritischen Frühjahr ein Darlehn von 300 Tlr. gab. Alle solche Hilfen vermochten nicht, Marx und Engels in ihrer Gegnerschaft zu Grün, dem „Freund der Bürgerlichen“, zurückzuhalten. Es sei „philosophische Marktschreierei“, ja „Duselei“, zu erwarten, der Kommunismus könne auch von anderen als Arbeitern durchgeführt werden, wie Grün es in der Trierer Zeitung als „wahren“ Sozialismus propagierte¹¹).

Ueber die Art, in der besonders Engels gegen ihn auftrat, war Grün mit Recht tief bekümmert, wie ein Brief von ihm an Moses Heß dartut (Paris, 1. Sept. 1845). Doch Stephan Born, Anführer der sozialistischen Bewegung in Sachsen und Begründer der „Arbeiterverbrüderung“ (Sitz Leipzig), verurteilte den philosophischen Sozialismus ebenso und gerade im Hinblick auf Grün, der noch in seinen „Erinnerungen“ (1898) nur als „Belletrist“, als ein „Aesthetiker“ erscheint, „zwar ein liebenswürdiger Mann, aber kein Nationalökonom mit soliden Unterlagen“. Deshalb trennte auch Born sich von Grün und ging zu Engels über, alle „Grünianer“ grundsätzlich abweisend.

Im Sommer 1848 zerfiel Grün auch noch mit Ferdinand Lassalle, dem Dritten der Väter der sozialistischen Bewegung. Diese Feindschaft war jedoch persönlicher Natur, hervorgerufen durch einen Vorfall in dem Ehescheidungsprozeß der Lassalle befreundeten Gräfin von Hatzfeldt. Grün sollte diese dadurch geschädigt haben, daß er vertraulich mit Lassalle gewechselte Briefe dem Anwalt des klagenden Grafen von Hatzfeldt (sogar „als Dank für erwiesene Dienste“) übergeben hätte, so daß diese Schriftstücke vor Gericht gegen Lassalle und die Gräfin vorgelegt werden konnten. Der Staatsprokurator von Ammon bezeugte indes, die Briefe seien nicht durch Veruntreuung in den Besitz des Grafen gekommen, sondern durch die Polizei, die sie bei einer Haussuchung aus dem Schreibtisch Grüns mitnahm. Grün bedauerte nun erst recht, früher Freundschaft mit Lassalle gehabt zu haben, obwohl sie diesen nicht davor zurückgehalten hätte, ihn vom November 1846 bis zum Februar 1847 um Pressehonore zu betrügen. Diese peinlichen Vorkommnisse wurden in der Marx'schen „Neuen Rheinischen Zeitung“ erörtert und so aller Welt bekanntgemacht.

Daß Grün in seiner westfälischen Heimat keine nennenswerte Gefolgschaft fand, erscheint aus den schon genannten Gründen weniger auffallend. Nur von dem Rheda-Rietberger-Bekanntkreis wurden seine Theorien geachtet, doch auch hier nicht un widersprochen hingenommen. Gar keine Beziehung aber hatte Grün zu den namhaften Politikern oder anderen sozial bemühten Männern Westfalens, zu Persönlichkeiten wie — eben in dem Ravensbergischen — etwa Johann Heinrich Volkening, dem Jöllenbecker Pastor, zu dem schon samstags die Leute bis aus dem Lippeschen heranzogen, um am Sonntag noch einen Platz unter seiner Kanzel zu bekommen, einem Manne, aus dessen Gefolgschaft später ein Friedrich von Bodelschwing hervorging. Nichts hören wir — um ein anderes Beispiel zu nennen — von einer Be-

gegnung Grüns mit dem Grafen Adalbert von der Recke-Volmarstein, dessen Sozialwerk schon bis 1850 im übrigen Deutschland 42, in der Schweiz 20, in Frankreich 17 und in Rußland 3 Ableger hatte. Am meisten verwunderlich erscheint es, daß Grün zu Friedrich Harkort keine Beziehungen aufgenommen hat, dem doch unbestritten größten Sozialpolitiker im damaligen Preußen. Andererseits — und das ist höchst bezeichnend — hat Grün auch kein Verhältnis zu der sozialen Not unmittelbar in seiner märkischen Heimat gehabt, wo z. B. die Ausnutzung der Kinderarbeit in Iserlohn selbst die preußische Staatsregierung nicht in Ruhe ließ.

Diese Fremdheit in der eigenen Heimat erklärt sich dadurch, daß die meisten westfälischen Politiker anderer geistiger Herkunft waren als Grün. Die Umsturz-Ideen von 1789 und das französische Denken überhaupt ablehnend, lebten sie ursprünglich aus dem typisch westfälischen Rechtsbewußtsein, dazu vielseitige Erfahrungen aus vertrauter Volks- und Lebensnähe wie auch in England mit einem weit in die Zukunft schauenden Blick verbindend. Es waren durchweg herbe, vorwärtstrebende Realisten, die nicht bei Wunschbildern stehenblieben, und über die Schwäche der Menschennatur nicht hinwegblickten. Sie kamen von vornherein mit konkreten, ja nüchternen Vorschlägen, mit wachem Wirklichkeitssinn auch die Unkenntnisse aus der heimischen Geschichte nutzend. Daß Grün anscheinend ganz unbeeindruckt von diesen Männern blieb, ist deshalb so merkwürdig, weil doch gerade sein Freund und Lehrer Proudhon für die Staatspolitik so eng mit den westfälischen übereinstimmende Grundsätze aufstellte. Er riet z. B., Frankreich in kleinere Selbstverwaltungskörper aufzugliedern, die unter Ablehnung staatlicher Zentralisation ihre Aufgaben selbst betreuten und die notwendigsten Gemeinbelange nur dann vereint behandeln sollten, wenn sie örtlich nicht zu bewältigen waren. Dies Drängen auf Selbstverwaltung, eine bis heute charakteristisch westfälische Forderung, am lebhaftesten damals von Grüns Landsmann, dem Hagerner Landrat Vincke, und von Fr. Harkort vertreten, findet sich bei Grün nirgendwo.

Ueberblickt man so die Zusammenhänge seines Denkens und Wirkens, dann dürfte sich das Rätsel der Erfolglosigkeit und Vereinsamung des zweifellos edlen Mannes lösen. Schon früh aus der Heimat verstoßen¹²), hatte er die lebensvollen natürlichen Beziehungen zu den konkreten politischen und sozialen Verhältnissen wie auch zu der fruchtbaren Gedankenwelt der besten Männer seiner Heimat verloren. Den größten Teil seines wahrhaftig nicht leichten Lebens unter Fremden, dazu als Redner durch seine Sprachgewalt ausgezeichnet, als Schriftsteller ebenfalls ohne die (etwa für Harkort so bezeichnende) hausbackene Weisheit der anschaulichen Gleichnisse, gehörte Grün zu den nicht wenigen Idealisten jener Zeit, die in aufrichtiger Begeisterung die andrängenden politischen Aufgaben des neuen Jahrhunderts lösen wollten. Wenn auch ohne sichtbaren Erfolg, gehört er gleichwohl mit zu den unerläßlich wichtigen Wegbahern in eine bessere Zukunft.

In mancher Hinsicht glücklicher war sein jüngerer Bruder Albert Grün (geb. 31. Mai 1822), in seinen besten Mannesjahren geradezu ein revolutionärer Draufgänger, nach dem Sieg der Reaktion jedoch schon bald genügsam als Lehrer und Literaturkundler ein Unterkommen in Straßburg findend, wo er, trotz erneuter Heimsuchung als Deutscher (1870), schließlich als hochgeachteter Mann starb. Ueber ihn soll in einem anderen Beitrag ausführlicher berichtet werden.

12. Welches geistige Erbe Grün aus s. Elternhaus hat mitnehmen können, müßte noch im einzelnen ermittelt werden, besonders reizvoll, wenn — wie man sagt — sein Großvater mütterlicherseits, Hofrat Dr. med. Karl Friedemann de Croot (1764—1842) tatsächlich ein Nachfahre des Niederländers Hugo de Groot (latiniert: Grotius) gewesen wäre, also des Begründers des modernen humanitären Natur- und Völkerrechte (1583—1645).

11 Schon 1845 kündigte Marx im „Dampfboot“ eine eingehende Kritik über Grüns Veröffentlichung „Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien“ an, dazu einen Aufsatz über die Geschichte des „wahren“ Sozialismus. Der ungewöhnlich umfangreiche Artikel erschien aber erst 1847.

Wilhelm Gerhardi / Ein Vorkämpfer demokratischer Freiheit in Lüdenscheid

In Wilhelm Gerhardi (1812—1870) begegnen wir einem bedeutenden Glied der alteingesessenen märkischen Familie, deren Ursprünge bis ins 14. Jahrhundert zurückzuführen sind und deren Generationenfolge seit der Reformationszeit in ihren Breckerfelder, Lüdenscheider, Werdohler und Halveraner Zweigen lückenlos vorliegt. In der Reformationszeit und den folgenden Jahrhunderten standen zahlreiche Pastoren Gerhardi in Breckerfeld, Lüdenscheid und Werdohl im Amte. Vor 1700 kommt Jakobus Gerhardi von Breckerfeld nach Lüdenscheid, wird hier Drahtreidemeister und ist jahrzehntelang als Senator tätig. Sein Enkel Peter Hermann Gerhardi (1750—1808) ist der Stammvater einer Apotheker- und Aerztdynastie. Seit 5 Generationen wird die Apotheke zu Halver (heute in Schalksmühle) betrieben. In einem einzigartigen vergilbten Büchlein werden die Nachrichten zur Familiengeschichte seit 1770 geführt. Aus diesem Zweige ging auch Lüdenscheids erster Ehrenbürger, der Arzt Dr. Richard Gerhardi (1791—1855) und Lüdenscheids berühmteste Tochter, die Malerin Ida Gerhardi (1863—1927) hervor.

Die Urenkel des Jakobus Gerhardi, Caspar-Diedrich Gerhardi (1767—1833) und Friedrich Nottebohm, gehören zu den Industriepionieren Lüdenscheids, die der Umstellung des heimischen Gewerbes zur modernen Industrie den Weg bereiten halfen. Das Werk seines Vaters Caspar-Diedrich Gerhardi führt Wilhelm Gerhardi fort, als er 1833 die Betriebe seines Vaters übernimmt. 1843 gliedert er seinen Werkstätten eine Maschinenfabrik an, in der, wie vielfach bekannt, die erste Dampfmaschine in Lüdenscheid aufgestellt wurde. Schon in der Schumacherschen Chronik ist 1847 zu lesen, daß diese Neuerung für jeden, der die ungeheuren Fortschritte der Mechanik kennt, von größter Wichtigkeit ist.

Doch nicht von der Wirtschafts- und Firmengeschichte soll hier die Rede sein. Es ist bezeichnend, daß die heimischen Zeitungen beim Tode Wilhelm Gerhards der Seite seines beruflichen Tuns in seitenlangen Nachrufen kaum ein Wort widmen, während sie sein Wirken als Vorkämpfer der persönlichen und demokratischen Freiheit und seinen Einsatz als tätigen Bürger im Gemeinwesen allein in den Mittelpunkt stellen.

Als Studenten finden wir Wilhelm Gerhardi um 1830 auf der Gewerbeschule zu Berlin, wo er sich nicht nur im technischen Fach ausbildet, sondern sich auch dem Studium der Geschichte und Literatur widmet. Hier lernt er die Ideen der Freiheit kennen, als die Hoffnungen eines um die Freiheit ringenden Volkes längst für eine Generation zunichte geworden sind. Schiller, Arndt, Schenkendorf, aber auch Heinrich Heine sind die Dichter seiner Zeit, deren Ideen der junge Student in sich aufnimmt. Für die Realisierung der Idee der persönlichen Freiheit ringt er von nun an sein Leben lang. Als im Jahre 1848 der Sturm der Revolution über ganz Deutschland einbricht, tritt Wilhelm Gerhardi an die Spitze eines kleinen Häufleins von Gesinnungsgenossen für ein wahrhaft konstitutionelles Verfassungsleben, für den demokratischen Ausbau der oktroyierten Verfassung und für die darin gewährten Volksrechte ein.

Das Jahr 1849

Schon vor dem Ausbruch der Pariser Revolution 1848 hatte sich in Lüdenscheid eine Vereinigung von liberal gesinnten Männern gebildet, die sich „Jung-Deutschland“ nannte. Aus ihr gingen 1848 ein „konstitutioneller Verein“ aus königstreuen Bürgern hervor sowie der „Demokratenverein“ unter Führung Wilhelm Gerhards. Das Jahr 1848 verlief recht ruhig trotz der erregenden Ereignisse, die sich in ganz Deutschland abspielten. Als in der Paulskirche zu Frankfurt am Main nach monatelangen Betrachtungen die Reichsverfassung angenommen und der König von Preußen zum Deutschen Kaiser erwählt wurde, herrschte unter der Bürgerschaft allenthalben größte Freude. Doch als bald schlug der Jubel in Enttäuschung um, als der König die Kaiserwürde ausschlug und das reaktionäre preußische Ministerium

Brandenburg—Manteuffel die ein Jahr vorher gebildete zweite Kammer auflöste. Zur Durchsetzung der Gegenrevolution wurde schließlich die Landwehr einberufen. Das Aufgebot der Landwehr: das bedeutete doch, daß die allgemeine Volksbewegung durch eben die Männer des Volkes niedergeschlagen werden sollte. In Iserlohn kam es im Mai 1849 zum Sturm auf das Zeughaus, in dem die Landwehr eingekleidet werden sollte, und zu mehrere Tage andauernden Unruhen, bei denen die Stadt mit primitiven Mitteln in Verteidigungszustand gesetzt wurde. Diese „Iserlohner Revolution“ ist oftmals geschildert worden. Das Ende war schließlich ein blutiger Himmelfahrtstag mit dem Einmarsch regulärer preußischer Truppen.

Die Aufständischen beklagten 40 Tote, ihre Führer flohen oder wurden inhaftiert.

Die allgemeine Volksbewegung griff auch auf Lüdenscheid über. Hier war Gerhardi die



Wilhelm Gerhardi (1813—1870)

Seele der Bewegung. Am 9. Mai versammelte sich im Knobelschen Gasthaus ein große Anzahl von einberufenen Landwehrmännern, um darüber zu beraten, ob sie dem Einberufungsbefehl Folge leisten sollten. Gerhardi führte in einer längeren Rede u. a. folgendes aus:

„Wir wollen eine Verfassung, die jedem, dem Armen wie dem Reichen, dem Hohen und dem Niederen gerecht wird. Das Ministerium Brandenburg—Manteuffel hat uns dieser beraubt, es hat die letzte Brücke zwischen König und Volk abgebrochen, es hat einen Abgrund geöffnet, der wohl nur durch die Leichen unserer Brüder in Linie und Landwehr ausgefüllt werden kann . . . Wir wollen, wie unsere Ahnen, die Ehre der Fahne wahren gegen jeden äußeren Feind, wir wollen sie nicht beflecken mit Bürgerblut. Wir wollen nicht die Waffen gebrauchen gegen unsere Brüder, die die Frankfurter Reichsverfassung anerkennen. Hat das Ministerium Manteuffel—Brandenburg Henkersknechte nötig, so mag es sie unter den Russen und Kroaten suchen, wir sind zu gut dazu. Es lebe die Reichsverfassung!“

Nun, kräftige Worte waren es! Trotzdem vertrat Gerhardi in weiser Mäßigung die Ansicht, daß die Versammlung den Weg des Gesetzes nicht verlassen solle und sich die Wehrmänner der Einkleidung nicht widersetzen dürften. Ein Beschluß wurde gefaßt, in dem sich alle verpflichteten, für die Reichsverfassung mit Gut und Blut einzustehen und deutschen Brüdern, die auf Anerkennung derselben dringen, nicht mit bewaffneter Hand entgegenzutreten zu wollen. Im übrigen hielten sie die Einberufung für ungesetzlich und verlangten ihre sofortige Entlassung.

Die Kunde von dem am 10. Mai erfolgten Zeughaus-Sturm kam sofort zu Gerhardi nach Lüdenscheid, wenn die ersten Gerüchte auch wohl weit übertrieben waren. So berichtete

er am 11. Mai in einem Brief an einen Vertrauensmann, Robert Winkhaus zu Carthausen, daß in Iserlohn 37 ganz feste Barrikaden errichtet seien, die nur durch schweres Geschütz zu nehmen seien. Er schließt mit den Worten: „Wir müssen nun rüsten mit aller Macht, dabei aber nur nicht den Kopf verlieren. Pulver wird in Halver und Rönsahl zu haben sein, Blei ist hier.“

Am nächsten Tage fährt er selbst nach Iserlohn, um die Lage an Ort und Stelle festzustellen. Aber dort erhält er nicht die besten Eindrücke und muß wohl schon erkennen, daß hier mit unzulänglichen Mitteln versucht wird, sich gegen überlegene Waffengewalt zu behaupten. An einen der Iserlohner Führer, Butz aus Hagen, schreibt er:

„Schätzen Sie Ihre Lage mit aller Ruhe. Ist sie nicht zu halten, so ist es Ihre Pflicht zu kapitulieren. Täten Sie das nicht, so rissen Sie nur andere Leute unnötig mit ins Verderben.“

„Das Insurgieren geht hier nicht!“

Trotzdem versucht er, nach besten Kräften zu helfen. In dem gleichen Brief heißt es weiter:

„Man muß ein stehendes Heer auf die Beine bringen, aber dies ist hier so leicht nicht gemacht . . . Die hiesigen Leute, d. h. die wehrhaften Männer sind erst kürzlich von der politischen Bewegung berührt und gehen trotz ihres Mutes nicht so leicht. Das Insurgieren geht hier nicht, die Leute müssen von Grund auf bewegt werden, und dazu wenden wir Alles an und hoffen, was durchaus sein muß, der Aufstand werde allgemein werden.“

Indessen wuchs in Lüdenscheid die Aufregung. Flüchtlinge aus Iserlohn trafen ein, Stafetten überbrachten auf schweißtriefenden Pferden die neuesten Meldungen. In der Stadt wurde eine Bürgerwehr gebildet.

Aber dann ging alles schnell zu Ende. Am Himmelfahrtstag, dem 17. Mai, wurde, wie schon erwähnt, Iserlohn gestürmt und der Belagerungszustand über weite Teile der Mark verhängt. Gerhardi selbst stellte sich der Militärbehörde und wurde zunächst mit anderen Gefangenen im Iserlohner Zeughaus inhaftiert und später auf die Zitadelle zu Wesel verbracht. Erst ein ganzes Jahr später fand dort die Schwurgerichtsverhandlung statt, über die im einzelnen hier nicht berichtet werden kann. In der Anklageakte wurden 67 Männer des Aufruhrs in Anklagezustand versetzt. Nach 6wöchentlicher Verhandlung lautete das Urteil der Geschworenen in der Hauptfrage betreffend Aufruhr: „Nichtschuld!“

Nur einige Angeklagte, die beim Sturm auf das Zeughaus beteiligt waren, erhielten Gefängnisstrafen. In allen Städten der Mark atmete man auf. Als Wilhelm Gerhardi in aller Stille in seine Heimatstadt heimkehren wollte und sich zunächst zu seiner Schwester nach Radevormwald begab, holte man ihn dort ab. In der Stadt baute man Ehrenpforten und schmückte die Häuser, man spannte die Pferde vom Wagen und zog Gerhardi im Triumph zu seiner Wohnung.

Im Dienste der Gemeinde

In den beiden folgenden Jahrzehnten sehen wir Gerhardi überall im gemeindlichen Leben wirken. Die Ideen des Freiherrn vom Stein, daß die Selbstverwaltung nur dann mit rechtem Leben erfüllt werde, wenn das Bürgertum zur freiwilligen Mitarbeit bereit sei, gehörte zum Gedankengut der liberalen und demokratischen Kräfte jener Zeit. Besondere Verdienste erwirbt sich Gerhardi um die Verbesserung der städtischen Schulen, denn nach seiner Ansicht gebe nur eine tüchtige Schulbildung einem Volke die Kraft, sich aus Knechtschaft und Unfreiheit zu befreien. Hier begegnen wir dem Gedankengut Friedrich Harkorts, der sein Leben lang ein großer Freund der deutschen Volksschule gewesen ist. Gerhardi wirkt mit bei der Gründung der Volksbücherei, des städtischen Consumvereins und einer Volksbank. Sein Lieblingswerk ist die Fortbildungsschule für Handwerker, in der er selbst noch bis in die letzte Zeit seines Lebens als Vorsteher und Lehrer wirkte. Aus dieser Schule ging nach

seinem Tode die städtische Fortbildungsschule hervor. Mit Beginn der „Neuen Aera“ wird er Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung und ist jahrelang deren Vorsitzender. Nach dem 1870 erfolgten Tode wird das Leben Wilhelm Gerhardis im „Volksblatt“ mit folgenden Worten gewürdigt:

„Ein schwerer unersetzlicher Verlust hat unsere Stadt in tiefste Trauer versetzt. . . . Seinem Werke wurde der unermüdete Schaffer, der Gemeinde der edelste Bürger und eifrigste Förderer ihres Wohlergehens, dem Vaterland ein treuer Sohn und Patriot geraubt, der ein wahrer Freund und Mann des Volkes war. . . .“

„1849 trug er mit vollem Mannesmut die Konsequenzen seines aus den reinsten Motiven hervorgegangenen Tuns, die eigene Stellung verschmähend, während andere ihr Bestes zu retten suchten.“

Lüdenscheider Reidemeister unter sich

Wenn der Draht auf den Rollen in den Tälern der Rahmede und Elspe, der Lösbecke und Verse gezogen oder in den Handgeschmieden vor den Toren der Stadt geschmiedet war, so mußte er nach dem Gesetz der alten Gilde in der Stadt selber durch die vereideten Gildemeister geprüft und in ein Protokoll eingetragen werden. Auch die Erlaubnis zu Ausfuhr und Verkauf konnte nur von der Gilde gegeben werden, und wer dagegen verstieß, wurde seines „Guts“ verlustig.

Nun hatten sich zu Anfang des 18. Jahrhunderts die strengen Bande der Gilde so weit gelockert, daß viele Reidemeister sich nicht mehr daran gebunden fühlten. Sie verkauften ihren Draht, an wen sie wollten, hielten ihn wohl gar selber im Lande feil und drückten damit beständig den Preis. Die Zustände hatten sich so zugespitzt, daß die verständigsten, die sogenannten „Prinzipal-Reidemeister“ sich bewogen fühlten, unter sich eine „Companie“ einzurichten, nach welcher der Draht nur von einem „Stapel“ in der Stadt verkauft werden sollte. Im Einvernehmen mit dem Bürgermeister, als dem ungekrönten Oberhaupt der Gilde, sollte auch das Verkaufsprotokoll wieder eingeführt und die Pförtner an den Toren angewiesen werden, nur den mit einem „Zettel“ (Erlaubnisschein) versehenen Draht passieren zu lassen. Der alte Gildegrundsatz: Gleiche „Nahrung“ (Auskommen) für alle! — hatte sich wieder durchgesetzt. Keine Rolle durfte mehr als ein vorgeschriebenes Quantum fertigen, kein Reidemeister wild drauf los produzieren und verkaufen.

So ging es einige Jahre gut und das Drahtgewerbe hatte im ganzen einen neuen Aufschwung genommen. Als aber die Companie nach fünfjährigem Bestehen erneuert werden sollte, tanzte eine Anzahl Reidemeister aus der Reihe. Ihnen schien die Zeit der „freien Wirtschaft“, die vor der Companie gegolten hatte, eine einmalige Chance, mehr zu produzieren und damit den Preis zu senken. So setzten sie sich über die geltenden Gildevorschriften hinweg und versuchten, ihren Kopf durchzusetzen. Dabei kam es zu folgendem Vorfalle, den der Gerichtsfrohne Mostert am 26. Mai 1710 seinem Herrn, dem Lüdenscheider Hochgrafen Richard Arnold Hymmen zu Protokoll gab:

„Als ich in Erfahrung kommen, daß dem Pförtner befohlen, den Draht, so bei Herrn Kercksig (Apotheker und Reidemeister) aufgeladen, nicht ausfolgen zu lassen, habe ich darauf vorstehenden Befehl insinuiert (gerichtlich zugestellt) und darauf dem Fuhrmann bedeutet, mit der Karren wegzufahren; wo sich dann der abgestandene (vorjährige) Herr Bürgermeister Clomberg eingefunden, seinen Consorten (den Prinzipal-Reidemeistern) mit dem Stock gewunken und gerufen: Heran, heran! — und den Fuhrmann contremandieret und befohlen, den Draht wieder an den Ort zu bringen, wo ihn aufgeladen. Worauf ich dann dem Herrn Bürgermeister gesagt, daß dem Pförtner ein Befehl insinuiert, um den Draht ausfolgen zu lassen. Bin auch sogleich hingegangen, den Befehl aus der Pforten wiedergeholt und Herrn Bürgermeister solchen eingereicht. Er

Doch

„wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, ist ja nicht tot, er ist nur fern!
Tot ist nur, wer vergessen wird.“

Wir bewahren in unserem Gedächtnis die Namen der großen Menschen; die Geschichte gestaltet haben. Doch ihr Wirken wäre vergessen, wenn sich nicht in Stadt und Land Männer und Frauen fänden, die ihre Ideen aufnahmen und an ihrem Platze in die Tat umsetzten. So kann Heimat- und Familiengeschichte Geschichte schlechthin sein:

Geschichte im Spiegel der Heimat!

Rudolf Gerhardt

Quellen: 1. Köster: 1849 — Iserlohner Revolution und die Unruhen in der Grafschaft Mark (Berlin 1899). — 2. Volksblatt für den Wahlkreis Iserlohn—Altena. (Iserlohn 1870). Lüdenscheider Wochenblatt (Lüdenscheid 1870). 3. Manuskripte zur Familien- und Firmengeschichte (im Familien- und Firmenbesitz).

gab darauf zur Antwort, daß es ein erschlicherer Befehl sei, wobei sich da verlauten lassen; daß solchem zu folgen nicht gehalten sei und dem Fuhrmann darauf abermalen

Der Herr von Neuenhof muß den Reidemeistereid ausschwören

Im Jahre 1705 hatten sich die Besitzer der Osemundhämmer im Bezirk Altena-Lüdenscheid zu einem Kartell zusammengeschlossen, um dem schwer darniederliegenden Gewerbe durch einheitliche Produktions- und Preisgestaltung aufzuhelfen. Das Muster der alten mittelalterlichen Drahtgilden in Lüdenscheid und Altena mochte ihnen dabei vorschweben, wenn sie auch die mehr lockere Form in der Art der Kartelle vorzogen. So blieben die einzelnen Werke in ihrer Betriebs- und Geschäftsführung selbständig, jeder Reidemeister kaufte für sich die Rohstoffe und sorgte für den Absatz des fertigen Osemunds; bindend waren nur die Preisvorschriften des Kartells.

Alle übrigen Angelegenheiten des Gewerbes wurden alljährlich auf dem sogenannten „Pflichttage“ in Lüdenscheid verhandelt und geregelt. Hier wurden die Satzungen überprüft und den Zeitverhältnissen angepaßt, Verstöße gegen die Preisvorschriften gerügt und geahndet, Schmiede und Reidemeister auf das Gewerbe vereidigt. Denn wie kein Reidemeister einen unvereidigten Schmied beschäftigen durfte, so durfte auch kein vereidigter Schmied für einen unvereidigten Reidemeister arbeiten. Reidemeister aber konnte jeder werden, sofern er „geerbt“ war, d. h. Grundbesitz hatte, und sich mit einem „Hammerwerk“ qualifizieren (ausweisen) konnte.

Einer der bedeutendsten Hammerbesitzer war seit ältesten Zeiten der Herr von Neuenhof, der allein 6 Gewerke in der Nähe des Schlosses, 3 Reckhämmer an Elspe und Volme und einen in der Mintenbecke sein Eigen nannte. Eine Rolle (Drahtrolle) hatte er nicht aufzuweisen, denn deren Besitz hätte ihn in die städtische Gilde verwiesen, der anzugehören sein ständisches Bewußtsein nicht zuließ. Nun war der letzte Träger des Neuenhofer Namens im Jahre 1701 gestorben und hatte seinen ganzen Besitz mit der Hand seiner Tochter an einen bergischen Adligen, den Freiherrn von Bottlenberg, gen. von Kessel, vererbt. Ob dieser nun glaubte, sich vermöge seiner adligen Herrenstellung über die Kartellvorschriften hinwegsetzen zu können — jedenfalls hatte er es mit der Ausschwörung des Reidemeistereides für den Osemund nicht eilig.

Bis zum Jahre 1727 ging das so seinen Weg, dann riß den Kartellgewaltigen der lange beanspruchte Geduldsfaden. Gestützt auf ihre Vorschriften luden sie erst einmal die Schmiede des Freiherrn vor die ständige

contremandieret. Wie sich nun verschiedene Reidemeister von beiden Parteien dabei eingefunden, ist es auf ein Schelten und Schmähen, auch Schlagen losgegangen, indem Christoph Hencke den Kercksig zur Erde geschlagen und dabei viele lose Worte nebst anderen ausgestoßen; worauf dann Herr Clomberg weggelaufen und der Fuhrmann mit dem Draht seiner Straße gefahren, welches hiermit referiere.“

Natürlich hatte dieser „handgreifliche“ Vorfalle sein Nachspiel. Die beiden gegeneinander aufgebracht Parteien kamen nicht zur Ruhe, bis die Regierung eingriff und Schlichtung anordnete. Der regierende Bürgermeister hatte die schwere Aufgabe, diese herzustellen und durchzuführen. Sie gelang erst nach Jahresfrist, indem die alte Gildeordnung, die sich als die wirtschaftlich bessere erwiesen hatte, mit behördlichem Nachdruck wiederhergestellt wurde. Ohne Strafen ging es freilich dabei nicht ab und der Bürgermeister bestätigte seufzend, „daß die Contraventores (Widersetzlichen) mit einer tapferen Geldstrafe hergenommen werden mußten, denn die zeitliche Strafe wird allhier mehr gescheuet als die ewige.“ S.

Burgarchiv Altena: „Akte, Die Verfassung der Drahtfabrik zu Lüdenscheid betreffend“.

Osemundkommission zu Lüdenscheid und zogen sie zur Verantwortung. Diese, vier an der Zahl, von den Elspe Hämmerern, gaben unumwunden zu, daß sie nur für vereidigte Reidemeister schmieden dürften. Sie hätten aber erst vor kurzem erfahren, daß der Freiherr den Eid noch nicht geleistet habe. So wurden sie nun verpflichtet, mit der Arbeit vorläufig aufzuhören, bis dieser seiner Pflicht nachgekommen sei.

Das war der Weg, den Freiherrn zur Räsion zu bringen. In dem nun notwendig gewordenen Papierkrieg beteuerte dieser zwar seine völlige Unschuld: er sei immer bereit gewesen, nur habe man ihm keinen Termin zur Eidesleistung gesetzt. Die Kommission, an deren Spitze sogar sein Verwandter und Namensvetter, der Drost zu Altena stand, redete ihm gut, aber zugleich energisch zu, sich den Gewerbegesetzen zu beugen. So kam es gegen Ende des Jahres 1727 tatsächlich zum Schwur vor der Kommission, in dem sich der Freiherr, wie jeder andere Osemund-Reidemeister, zur genauen Beobachtung und Haltung der Gewerbegesetze verpflichtete.

Der neue Herr ging damit — etwas spät — den gleichen Weg, den seine Standesgenossen hier im märkischen Sauerland zu gehen sich schon lange bequem hatten. Der hiesige Adel hatte es schon früh erfaßt, daß mit der Land- und Forstwirtschaft allein nicht viel zu scheffeln war. Mit dem 17. Jahrhundert haben die adligen Standesvorrechte hierzulande im wesentlichen aufgehört. Dem gesellschaftlichen Ausgleich ist diese Entwicklung hier früher zugute gekommen als in anderen Gegenden Westfalens. S.

Burgarchiv Altena: „Akte, Die Verfassung der Drahtfabrik zu Lüdenscheid betreffend“.

BEIRATSSITZUNGEN

Die erste Beiratssitzung des Lüdenscheider Geschichtsvereins fand am 27. 6. statt und hatte die bei dem Besuche des Neuenhofer Schlosses aufgeworfenen Fragen zum Gegenstand. Die Protokolle dieser Sitzungen werden vervielfältigt und sind allen Mitgliedern zugänglich, sofern sie danach fragen.

Die Burgenfahrt wird wahrscheinlich in der vorgesehenen Route: Pungelscheid, Grimmighausen, Ohler Sundern, Ohler Kirche am Mittwoch, dem 5. September, stattfinden. Benachrichtigung durch die „Lüdenscheider Nachrichten“.